

**Wahl: Linke muss Chancen besser nutzen**

Rund 2.300 Stimmen für die SLP im Wahlkreis Wien sind ein ermutigendes Ergebnis. Dennoch: Die Chancen der Linken wurden vor allem von der KPÖ – trotz 45.000 Stimmen – verspielt. **SEITE 2**

Betrieb & Gewerkschaft**2 Mandate für Liste Herbert Wanko bei NXP**

SLP-Mitglied Herbert Wanko erreichte mit einer neuen kämpferischen Liste bei der BR-Wahl bei NXP Sound Solutions (ehem. Philips) auf Anhieb 25,7%. **SEITE 3**

Schwerpunkt**Extreme Rechte rüstet wieder auf**

Nach Jahren der – trügerischen – Ruhe am extrem rechten Rand häufen sich seit Monaten die militärischen Angriffe der Szene auf Linke und MigrantInnen. Hintergrundinfos und Strategien für AntifaschistInnen. **SEITEN 4/5**

Internationales**Aufstand in Ungarn**

Nach der bereits berühmt-berüchtigten Rede, in der Premier Gyurcsány zugab, das Volk belogen zu haben, um die Wahlen zu gewinnen, wird unser östlicher Nachbar von einer heftigen aber widersprüchlichen Protestwelle erschüttert. **SEITE 7**

Schüssel-Regierung abgewählt: Schluss mit Sozialabbau!

von Laura Rafesteder,
SLP Wien

Sechs Jahre Schüssel. Sechs Jahre Sozialabbau. Diese Regierung wurde am 1. Oktober 2006 abgewählt – und das ist gut so. Sie hat damit die Quittung für Pensionsraub, Bildungsabbau und Privatisierungen präsentiert bekommen. Das Ende der Ära Schüssel ist daher für Millionen Menschen ein Grund zum Feiern. Doch kann man sich wirklich von dieser SPÖ einen Bruch mit dem bisherigen Kurs erhoffen? Oder ist nicht viel eher zu erwarten, dass die neoliberalen „Reform“-Politik nur in anderen Farben weiter geht? Telekom-Austria-Chef Boris Nemec hat beispielsweise seine Erwartungen schon deutlich gemacht. Für ihn sei klar, dass es „für die Wirtschaft nicht vorrangig ist, welche Parteien konkret die Regierung stellen, sondern dass die jeweilige Regierung Rahmenbedingungen verwirklicht.“ (Quelle: www.derstandard.at).

UNTERNEHMER HABEN IHREN WUNSCHZETTEL SCHON ABGEgeben

Die Industriellenvereinigung hat bereits vor der Wahl ihren Wunschkzettel an die neue Regierung abgegeben: IV-Präsident Veit Sorger sieht „Handlungsbedarf“ – von Steuererleichterungen für die Reichen (Senkung des Spitzensteuersatzes auf 40 Prozent, Abschaffung der Erbschaftssteuer) über eine Arbeitszeitverlängerung bis hin zur Einführung von Ein-Euro-Jobs (Quelle: Österreich, 6.9.2006). Es drohen somit Angriffe auf Erwerbslose, ähnlich dem Hartz IV-Modell in Deutschland, weitere Präkarisierung von Arbeitsverhältnissen, längere



Ob sich die SPÖ wohl an die Forderungen der eigenen StudentInnenorganisation erinnert?

auch bald erklären, dass es „unmöglich“ sei, weitere Sparpakte zu vermeiden...

WIE DROHENDE ANGRIFFE VERHINDERN?

Ebenso wie es möglich wäre, Sozialabbau zurückzunehmen und die leeren Kassen durch entsprechende Besteuerung von Vermögen und Kapital zu füllen, ist es auch möglich, die drohende Fortführung des Sparkurses zu verhindern. Die Regierung Schüssel II hat im letzten Jahr heiße Fragen – wie das Gesundheitssystem oder die Arbeitslosenversicherung – nicht aufgegriffen. Die internen Probleme (Spaltung des Koalitionspartners) und die Angst vor Protesten im Wahljahr und Stimmenverlusten waren der Grund.

Wenn wir die kommenden Angriffe verhindern wollen, ist es jetzt notwendig, eine neue Bewegung aufzubauen! Die

Widerstandsbewegung 2000 hat gezeigt, dass Menschen bereit sind, auf die Straße zu gehen und zu protestieren. Aber damals hat sich die Bewegung aufs Demonstrieren beschränkt. Die SLP hat schon 2000 gesagt, dass es notwendig und vor allem möglich ist, Streiks gegen die blau-schwarze Regierung zu organisieren, um diese los zu werden.

KÄMPFE SIND MÖGLICH UND NÖTIG

Die Streikbewegung 2003 hat gezeigt, dass auch ÖsterreicherInnen kein „Anti-Streik-Gen“ besitzen. Aber hier hat die Gewerkschaftsführung auf halbem Weg hält gemacht, die Bewegung gestoppt, anstatt den Pensionraub wirklich zu Fall zu bringen. Nötig wäre ein konsequenter Kurs der Gewerkschaften gewesen, gemeinsam mit einer politischen Alternative in Form einer Par-

tei, die für ein Alternativ-Programm zum Neoliberalismus steht – im Gegensatz zu den etablierten Parteien. Daher muss eine solche Bewegung heute bei einer wirklichen kämpferischen Politik von Seiten der Gewerkschaften ansetzen. Dazu müssen die nötigen Schlussfolgerungen aus der ÖGB-Krise gezogen werden – der ÖGB muss seinen Mitgliedern ermöglichen, über seinen Kurs zu entscheiden, FunktionärInnen müssen jederzeit wähl- und abwählbar sein und dürfen nicht mehr verdienen als die Mitglieder. Vor allem aber muss der ÖGB endlich die Interessen seiner Mitglieder verteidigen und gegen die Angriffe einer neuen Regierung mobilisieren.

GEWERKSCHAFT MUSS SICH AUS DER KRISE KÄMPFEN!

Die Herbstlohnrunden haben gerade begonnen. Die „Forderungen“ der Gewerkschaft GMT, die traditionell den Reigen eröffnet, sind kuschelweich und handzahm. Außer allgemein eine „Erhöhung“ wird eigentlich nichts gefordert, nicht einmal die Abdeckung der Inflationsrate. Hier ist ein anderer Kurs nötig – die Mitglieder und Beschäftigten können sich weitere Zugeständnisse an die Unternehmen bei Arbeitszeit und Einkommen einfach nicht mehr leisten. Die Proteste gegen die Angriffe einer kommenden Regierung werden und müssen von den Beschäftigten in den Betrieben und im Öffentlichen Dienst sowie der Gewerkschaftsbasis kommen. Aus diesen Protesten können sich auch die Ansätze für eine neue Partei von ArbeiterInnen und Jugendlichen entwickeln. Die SLP unterstützt diese Bewegungen und tritt für den Aufbau einer solchen neuen Partei ein.

Der Standpunkt

Schüssel
& Roy

von Sonja Grusch

Die Magier Siegfried & Roy galten lange als erfolgreiche Tigerdompteure. Bis Roy vom weißen Tiger Montecore in den Hals gebissen wurde. Ähnlich erfolgreich war Schüssels "Zähmung" des Rechtsextremismus. Er hatte sich nach der Regierungsbildung mit der FPÖ gerühmt, Haider gezähmt zu haben. Sechs Jahre danach ist Rassismus ein fixer Bestandteil der ÖVP-Politik. Zwei aggressiv rassistische Parteien erhalten zusammen über 15% der Stimmen. Haider spricht den Kärtner SlowenInnen ihre Rechte ab. Und deutsch-nationale Burghschafter bevölkern das Parlament.

Schüssel ist weder ein Magier noch ein Dompteur, sondern er hat mitgeholfen, den Rassismus weiter salofähig zu machen. Vor ihm hatte diesen Weg mit Eifer bereits der SPÖ-Innenminister Schlögl beschritten. Heute ist es ein Grundkonsens der Parlamentsparteien, dass es ein "Ausländerproblem" gibt. Ich meine, es gibt ein Armutsproblem und ein Rassismusproblem. Die Parteien wetteifern darin, wer die Zahl der Asylanträge und der MigrantInnen weiter senken kann. Ich meine, es wäre stattdessen wichtig, die Arbeitslosigkeit zu senken.

Es geht nicht darum, ob Schüssel persönlich ein Rassist ist. Wahrscheinlich nicht. Auch Strache hat ja versichert, er mag Kebab. Aber Schüssel & Co. hatten nie Berührungsängste mit dem Rassismus, wenn er ihnen dabei half, ihre Politik durchzusetzen. Die Gesetze, die die Rassisten erwirkt haben, wird auch eine SPÖ geführte Regierung nicht wieder rückgängig machen.

Rassismus ist keine Meinung, sondern ein Herrschaftsinstrument. Rassismus dient dazu, von den wahren Schuldigen an sozialen Problemen abzulenken. Und die sitzen in den Cheftagen und im Parlament (und nicht auf der Baustelle, im Pflegeheim oder am Arbeitsamt).

Gegen Rassismus helfen aber leider auf Dauer auch keine Antidiskriminierungsgesetze und keine Multi-Kulti-Feste. Rassismus kann nur dann wirksam bekämpft werden, wenn alle in Österreich lebenden Menschen gleiche soziale und demokratische Rechte haben. Wenn die Kämpfe nicht zwischen Menschen verschiedener Religionen, Nationalitäten oder Hautfarben, sondern zwischen Arm und Reich, zwischen oben und unten stattfinden.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Druck: Druckerei Fiona, Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien; DVR: 0820202 Zulassungsnummern: 327808W97U; Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733

Erleichterung über Schüssel-Niederlage, aber große Koalition ist die nächste gefährliche Drohung

Gusenbauer auf Kreiskys Spuren?

Von Sonja Grusch, SLP Wien



Die SPÖ wurde, trotz des zweitschlechtesten Ergebnisses in ihrer Geschichte, wieder stimmenstärkste Partei. Sie blieb z.B. in den ländlichen Gebieten Niederösterreichs stabil, verlor dafür aber am stärksten in den traditionellen Wiener ArbeiterInnenbezirken Favoriten, Simmering und Floridsdorf. Die SPÖ ist bei PensionistInnen die deutliche Nr.1 – dafür wählten 75% der unter 30-Jährigen eine andere Partei. Die sozialen Themen der SPÖ haben zwar den Nerv getroffen. Aber 40 % wählten sie lediglich, um Schüssel los zu werden. Und der eigentliche "Wahlsieger" waren mit 27 % die NichtwählerInnen. Man kann also nicht von einer echten Wahlbewegung sprechen, die "Gusi" zu einem Erfolg getragen hätte.

MUSS SICH DIE
WIRTSCHAFT FÜRCHTEN?

Auch wenn es am Tag nach der Wahl Kursverluste an der Wiener Börse gab, so muss die heimische Wirtschaft keine "sozialistische" Politik fürchten. Die SPÖ stellt kapitalistische Logik in keinem einzigen Punkt mehr in Frage. Sie strebt keine Umverteilung von oben nach unten an, sondern versucht maximal, mit öffentlichen Mitteln die Wirtschaft anzukurbeln. Die SPÖ wird vielleicht ein paar "soziale" Akzente (z.B. die Abschaffung der Studiengebühren) und ein paar symbolische Akzente (Frauenministerium) setzen. Aber am wesentlichen Kurs wird sich nichts ändern: Unternehmen unterstützen, um den Standort Österreich zu erhalten, auch wenn es auf Kosten der Beschäftigten geht; "Reformen" bei Bildung und Gesundheitswesen, d.h. diese

Bereiche verstärkt dem Markt zu überlassen, was schlechtere und teurere Leistungen für die Masse und Verbesserungen für die Elite bedeutet. Mit Antikapitalismus hat das alles nichts zu tun. Der wäre aber heute notwendig um eine soziale Politik a la Kreisky durchzuführen, da inzwischen dessen ökonomische Spielräume im Rahmen des Systems nicht mehr gegeben sind.

WIDERSTAND GEGEN GROSSE
KOALITION IST GUT...

Eine Neuauflage der SPÖ-ÖVP-Koalition ist auch in der SPÖ umstritten. Wir unterstützen hier jeden Widerstand

in und außerhalb der SPÖ, der sich dagegen richtet, Schüssels Erben zurück zur Macht zu bringen!

...POLITISCHE ALTERNATIVEN
SIND NOCH BESSER

Aber Hand aufs Herz: Was brachten die letzten SPÖ geführten Regierungen? Den Kauf von Abfangjägern (damals die sauteuren Draken), die Privatisierung von großen Teilen der ehemaligen Verstaatlichten, die zudem vor der Wahl bereits klar gemacht haben, für die Beteiligung an der Macht sehr weit zu gehen. Es geht nicht nur darum, die große Koalition zu verhindern, sondern auch um die Frage

digkeiten der Wirtschaft und nicht der ArbeitnehmerInnen orientiert. Und wo sie in den letzten Jahren in Regierungsverantwortung war, hat sie den Privatisierungskurs fortgesetzt (Wien) und Bündnisse mit Rechtsextremen gemacht (Kärnten). Aber selbst wenn sich "SPÖ-Grün" ausgegangen wäre, hätte das wohl auch keinen Kurswechsel gebracht: Die Grünen sind heute eine Partei der Besserverdienenden, die zudem vor der Wahl bereits klar gemacht haben, für die Beteiligung an der Macht sehr weit zu gehen. Es geht nicht nur darum, die große Koalition zu verhindern, sondern auch um die Frage

von politischen Alternativen zum neoliberalen Parteien-Einheitsbrei.

SPÖ-FÜHRUNG WEITER AUF
ANTI-GEWERKSCHAFTSKURS

Deutlich waren die Signale der SPÖ nach dem Bawag-Skandal gegen GewerkschafterInnen. Die Listen wurden von GewerkschafterInnen gesäubert, dafür aber das entschieden neoliberalen LiF ins Boot geholt. Es gab zwar Proteste aus den Reihen der Gewerkschaft dagegen, aber den SP-Kurs verändert haben diese nicht. Gusenbauer fürchtet den Widerstand der ÖGB-FSG-Führung inzwischen offensichtlich so wenig, dass er Gewerkschafter Haberzettl sogar in das Verhandlungsteam nominiert hat. Viele sozialdemokratische GewerkschafterInnen werden demgegenüber – obwohl die offiziellen Forderungen ihrer FSG-Fraktionsführung ohnehin minimal sind – rasch vom Regierungskurs der SPÖ enttäuscht sein. Es wird sich dann zeigen, wie ernst es den "Linken" in der SPÖ und den GewerkschafterInnen mit der Verteidigung von Rechten der ArbeitnehmerInnen wirklich ist. Der Gewerkschafts/FSG-Vertreter im SPÖ-Verhandlungsteam darf seine Unterschrift nicht unter ein Paket setzen, das Verschlechterungen für ArbeitnehmerInnen bringt. Die ArbeitnehmerInnen in Österreich können sich weitere Kürzungen einfach nicht mehr leisten. Wir meinen, dass sich die FSG-GewerkschafterInnen (und auch die restlichen Linken in der SPÖ) an den Protesten gegen die kommenden Angriffe – egal von welcher Regierung – beteiligen sollen.

Schüssel weg! Aber Rechtsextreme gestärkt und Rekord bei NichtwählerInnen

Linke muss Chancen besser nutzen!

von John Evers, SLP Wien

Sieger sehen anders aus: Der "Wahlgewinner" SPÖ hat rund 180.000 WählerInnen an die NichtwählerInnen verloren, Rosa-Rot-Grün hat weiter keine Mehrheit. Nicht zuletzt die offenbar erfolgreiche Selbstpräsentation der FPÖ "als Sozialpartei" – freilich geprägt von rassistischer Hetze – weist demgegenüber auf die Schwäche der Linken hin, entsprechende Alternativen anzubieten.

SIND KNAPP EIN PROZENT
FÜR DIE KPÖ "SUPER"?

Auch wenn dieser euphorische Kommentar von Parteichef Messner überzogen scheint, ist die Stärkung der KPÖ sicher auch ein, wenn auch winziger, Ausdruck des eigentlich vorhandenen Potentials für eine Partei links

von SPÖ und Grünen. Entscheidend ist aber, dass mit dem KPÖ-Resultat 2006 qualitativ sicher kein Schritt Richtung Aufbau einer neuen linken Kraft gesetzt werden konnte. Die KPÖ hat hier, vor allem nach dem fulminanten Ergebnis bei den steirischen Landtagswahlen, eine weitere, wichtige Chance ausgelassen.

Sie hätte die Initiative ergreifen können, eine breite linke Kandidatur, wohl am besten mit Kaltenegger an der Spitze, auf die Beine zu stellen, anstatt weiter im eigenen Saft zu schmoren. "Verpasst" wurden allerdings auch die Möglichkeiten, angesichts ihrer stärksten KPÖ-Medienpräsenz seit Jahrzehnten, sozialistische Ideen zu präsentieren, aber auch konkrete Mobilisierungen zu unterstützen: Das Wort Sozialismus fiel in diesem KPÖ-Wahlkampf kein einziges Mal. Ebenso wurde die

MEHR ALS 2000 STIMMEN
GEGEN KAPITALISMUS UND
RASSISMUS IN WIEN

Die Rahmenbedingungen für ein SLP-Ergebnis wie 2002 (rund 3.900 Stimmen) waren offenbar trotz eines sehr aktiven Wahlkampfes (mehr als 50 kleinere und größere Kundgebungen) diesmal für uns nicht gegeben: Angesichts unseres glasklaren Programms, welches sich bereits im Listennamen "SLP - Liste gegen Kapitalismus und Rassismus" ausdrückte, unseres völligen Totschweigens in den Medien (gemeinsam mit einem regelrechten "Hype" für

die KPÖ), sehen wir hier aber in erster Linie rund 2.300 Menschen alleine in Wien, die unseren Ideen deutlich zustimmen. Ebenso haben wir, gemeinsam mit anderen Linken, aber leider (und trotz Einladung an sie) ohne KPÖ, in diesem Wahlkampf gegen die FPÖ mobilisiert. Vor allem dafür haben wir, weit über unser Stimmenergebnis hinaus, immer wieder Zuspruch erhalten. Der Sozialabbau der künftigen Regierung wird ebenso wie die weitere Entwicklung der SPÖ nach Rechts die Frage nach einer neuen linken Partei aufwerfen. Die SLP wird weiter in jeder Mobilisierung diese Frage aufwerfen, sich bemühen, aktive ArbeitnehmerInnen und Jugendliche – ob bereits organisiert oder nicht – zusammen zu bringen und gleichzeitig offen für unsere eigenen, sozialistischen Ideen werben.



ÖGB- Krise verschärft sich

Ruf nach kämpferischen und demokratischen Gewerkschaften wird lauter!

von Michael Gehmacher,
Betriebsrat und
SLP-Gewerkschaftssprecher

Anfang Oktober ließ der ÖGB in den Medien von sich hören. Während andere mit der "ÖGB Reform" beschäftigt waren, verkaufte der ÖGB seine Zentrale in der Wiener Innenstadt. 48 Millionen Euro soll er dafür von einer deutschen Tochter eines US-Konsortiums bekommen haben. Angesichts der Finanzkrise traut sich (fast) keiner fragen, ob dieser Verkauf überhaupt Sinn macht, und wer die ÖGB-Spitze zu diesem Schritt eigentlich ermächtigt hat.

ÖGB-SPITZE WILL SO WEITER MACHEN WIE BISHER ...

Während engagierten ÖGB-Mitgliedern im Internet und bei ÖGB-Regionalkonferenzen eine Mitsprachemöglichkeit vorgegaukelt wird, werden die wichtigen Entscheidungen einsam an der Spitze getroffen und durchgezogen. Doch zu diesem Trend gibt es "kleine Ausreißer":

Etwa die Betriebsratswahl bei Philips. Oder bei der AUA, wo Betriebsrat Martin Rumler (Bord) angesichts der angekündigten Entlassungswelle nun gemeinsam mit der Belegschaft Kampfmaßnahmen überlegt und im Gespräch mit der SLP fordert: "Ein starker ÖGB sollte seinen Mitgliedern aktiv, kämpferisch und auch schon im Vorfeld den Rücken stärken und freihalten."* Oder der 5.10. 2006 in Wien. Da hielt der ÖGB eine seiner Wiener Regionalkonferenzen ab.



... DOCH MAN LÄSST SIE NICHT (IMMER)

Die anwesenden ÖGB-Mitglieder setzten bei dieser Regionalkonferenz mehrheitlich eine andere Tagesordnung durch. Im Kern ging es um einen Antrag der "Plattform für demokratische und kämpferische Gewerkschaften" (siehe Dokumentation). Schon nach der Vorstellung der vorgegebenen Tagesordnung meldeten sich zwei Gewerkschaftsmitglieder zu Wort, um ihren Unmut über den Ablauf der Regionalkonferenz kundzutun. Danach stellten VertreterInnen von Plattform und SLP den Plattform-Antrag vor. Die OrganisatorInnen der Konferenz versuchten dann, die Abstimmung zu verhindern und die anwesenden Mitglieder zur Teilnahme an vorgefertigten Arbeitskreisen mit vorgefertigten Fragen zu bringen. Vor allem die Aussage eines Gewerkschaftssekretärs: "dieser Antrag ist undemokratisch, weil wir heute über nichts abstimmen", löste Un-

mut und Gelächter aus. Viele hielten es eher für undemokratisch, dass von vornherein klar war, dass auf dieser Konferenz nichts beschlossen werden sollte. Erst als eine Abstimmung am Ende der Veranstaltung versprochen wurde, gingen die KollegInnen in die vorbereiteten Arbeitskreise (wo VertreterInnen der Plattform wieder ihren Antrag vorstellten). Am Ende des Tages wurde der Antrag mit 20 Pro-Stimmen bei sieben Gegenstimmen und vier Enthaltungen angenommen. Uns AktivistInnen der Plattform ist klar, das 35 anwesende ÖGB-Mitglieder nicht "die Basis" repräsentieren, aber ein paar Dinge wurden deutlich:

1. Die Spitzen von FSG und FCG schaffen es nicht, wichtige Teile der ÖGB-Basis in den "Reformprozess" einzubeziehen. Die geringe Teilnahme an der ÖGB-Regionalkonferenz zeigt, dass die große Mehrheit der ÖGB-Basis kein Vertrauen in die Führung hat.
2. Die Argumente der kämpfe-

rischen Opposition im ÖGB haben durch die Bawag-Krise ein wesentlich stärkeres politisches Gewicht erlangt.

Kurz vor Redaktionsschluss wurde bekannt, dass auch die Regionalkonferenz vom 9. 10. in Wien den Antrag mit 12 pro, 10 contra und 1 Enthaltung annahm.

WEB TIPP

AUSTRIAN vor dem Streik?
Interview mit Austrian-Bord-Betriebsrat Markus Rumler auf www.slp.at.

Dokumentation

Der von der ÖGB-Regionalkonferenz in Wien am 5.10.2006 angenommene Antrag im Wortlaut:

Die 1,3 Millionen Gewerkschaftsmitglieder müssen wirklich entscheiden!

Am kommenden ÖGB-Kongress können nur sehr wenige Gewerkschaftsmitglieder mitentscheiden. Damit möglichst viele Mitglieder nicht nur in den Diskussions- sondern auch den Entscheidungsprozess eingebunden sind, schlagen wir der heutigen Regionalkonferenz vor, folgende Punkte zu beschließen:

1. Urabstimmung und Betriebsrätenkonferenzen: Bei wichtigen Fragen (z.B. KV-Verhandlungen) müssen die Ziele auf BR-Konferenzen erarbeitet und beschlossen, und die Ergebnisse durch Urabstimmung legitimiert sein.
2. Jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit der FunktionärInnen: Spitzenfunktionäre müssen von den betroffenen Mitgliedern direkt gewählt werden. Delegierte zu Kongressen sollen auf Betriebs- und Regionalkonferenzen direkt gewählt werden. Es muss möglich sein FunktionärInnen abzuwählen.
3. Durchschnittslohn für FunktionärInnen: Kein GewerkschaftsfunktionärIn soll mehr verdienen, als die Mitglieder die er/sie vertritt. FunktionärInnen sollen den Durchschnitt des KVs in ihrem Bereich verdienen.
4. Kämpferischer Kurs statt Sozialpartnerschaft: Die Gewerkschaftspolitik muss sich an den Mitglieder- und nicht an Wirtschaftsinteressen orientieren.

TERMIN

DIENSTAG, 24.10. '06 UM 19:00 UHR

ÖGB-Krise und neue Regierung: Was will die Gewerkschaft und wie will sie es erreichen?

Diskussion mit Rudolf Kaske, Vorsitzender der Gewerkschaft HGPD, Mitglied des ÖGB-Bundesvorstandes, Mitglied der FSG, Vizepräsident im BAWAG-Aufsichtsrat

Piwnica, Wien 20., Jägerstraße 38 (U6 Jägerstraße, U4 Friedensbrücke, 5, 33 – Wallensteinplatz)

Betriebsratswahlen bei NXP (vormals Philips) Sound Solutions

Zwei Mandate für Linke trotz massiver Angriffe



von Herbert Wanko,
neugewählter Betriebsrat

Bei NXP (vormals Philips) Sound Solutions fanden am 4. und 5. Oktober Betriebsratswahlen statt. Diese waren notwendig geworden, nachdem Philips seine Halbleiterparte (37.000 Beschäftigte weltweit) an die Finanzinvestoren Kohlberg Kravis Roberts (KKR) und andere verkauft hatte. KKR hatte sich bereits in den

80er Jahren sogar in Wirtschaftskreisen einen schlechten Ruf aufgebaut, indem sie Unternehmen kauften, aussaugten, massenweise ArbeiterInnen entließen und danach einfach fallen gelassen hatten. (Anm.: KKR gehört gemeinsam mit Allianz auch zu den Interessenten an der BAWAG)

Vor diesen – zusätzlich zu den zu erwartenden weiteren Angriffen auf ArbeitnehmerInnen – nicht gerade aufbauenden Zukunftsaussichten kandidierten wir zu sechst mit einer eigenen Liste neben der alt-eingesessenen des langjährigen Zentralbetriebsrates von Philips Österreich, Gerhard Koch.

WARNUNG VOR "BÖSEN KOMMUNISTEN"

Postwendend wurden die ersten Angriffe gestartet, die teilweise aus den untersten Schubladen hervorgeholt wurden. Von Vorgesetzten wurde Angst verbreitet, dass eine Wahl unserer Liste massive Verschlechterungen (bis zur

25,7 % IM ERSTEN ANLAUF!

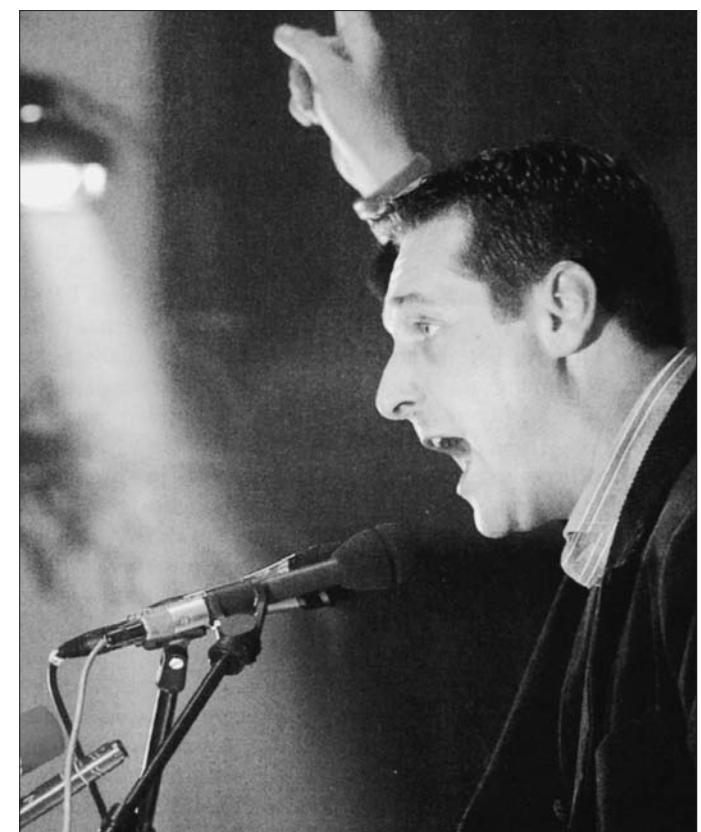
Warum uns trotzdem 92 unserer KollegInnen (25,7 %) wählten und sich keine Angst machen ließen, liegt daran, dass wir uns nicht auf dieses Niveau begaben, sondern in mehreren Aussendungen und einer sechsseitigen Zeitung mit konstruktiver Kritik aufwarteten zu forcieren.

Großkonzern klagt Friedensaktivisten

Drohende Klagssumme 240.000 Euro!

von der Werkstatt Frieden & Solidarität, Linz

Wegen eines Artikels im Online-Standard klagt der Kärntner Großkonzern Treibacher AG Gerald Oberansmayr, einen Aktivisten der Werkstatt Frieden & Solidarität. Stein des Anstoßes ist ein Bericht über die Verwicklung westlicher Großkonzerne in die illegale Rohstoffausbeutung im Kongo. Dabei wird auch aus einem Gerichtsurteil zitiert, in dem auf die Geschäftskontakte der Treibacher AG mit einem deutschen Geschäftsmann Bezug genommen wird, dem von der UNO schwere Vorwürfe wegen illegaler Rohstoffausbeutung und der damit in Verbindung stehenden Bürgerkriegsfinanzierung gemacht werden. Es droht eine Klagssumme von EUR 240.000,-. Mit dieser horrenden Klagdrohung will der Konzern offensichtlich von vornherein Kritiker davon abschrecken, dessen Kongogeschäfte näher unter die Lupe zu nehmen. So ist etwa bekannt geworden, dass sich die Treibacher AG an einer estnischen Firma beteiligt hat, an die Pyrochlor aus dem Kongo geliefert worden ist. Pyrochlor ist eine seltene, extrem hitzebeständige Kombination verschiedener strategischer Metalle und findet vor allem für Flugzeug- und Raketentriebwerke Verwendung. Entsprechend begehrte ist es in der europäischen und amerikanischen Industrie. Abgebaut wurde das Pyrochlor im Kongo unter dem Namen einer Firma, die treuhänderisch sogar im Eigentum der BRD steht. Laut Medienberichten wurden dabei 300.000 Dollar monatlich an Bürgerkriegsparteien gezahlt. Der seit 1997 dauernde Bürgerkrieg in der DR Kongo ist mit bis zu vier Millionen Toten das größte Gemetzel seit Ende des 2. Weltkrieges. Die Werkstatt Frieden & Solidarität ruft daher den Nationalrat auf, einen Untersuchungsausschuss einzurichten, der sich mit der Involvierung österreichischer Unternehmen in die illegale Rohstoffausbeutung im Kongo beschäftigt. Gleichzeitig ersuchen wir um Spenden, um das Klagsrisiko zu mildern. Vielen Dank! Spendenkonto: Werkstatt Frieden & Solidarität, Kt.Nr. 6274146, BLZ 34777, Raiffeisenbank Perg, Kennwort: Kongo. Nähere Informationen auf: www.werkstatt.or.at



Extreme Rechte rüstet auf und formiert sich neu

Im Schatten der FPÖ-Erfolge nimmt rechte Gewalt zu

Von Franz Breier jun., SLP Wien

- Angriff auf das Büro der Antirassismus-Organisation ZARA
- Häufung von Drohanrufen und -mails (mit Morddrohungen) (dokumentiert von DÖW und SLP)
- Berichte über explosionsartige Zunahme rassistisch motivierter Gewalttaten
- Mehrere Verletzte aufgrund rechtsextremer Übergriffe in den Bundesländern (Oberösterreich, Tirol, ...)
- Die Kultusgemeinde erhält zwischen April und August 2006 um über 50% mehr Drohmails/-anrufe
- Anschlagsversuch mittels Gaskartuschen-Bombe auf die Muslimische Jugend Österreichs in Wien

Nach einer Phase von Niedergeschlagenheit, Rückzug und dem Neuaufbau im Verborgenen gehen Nazis nun wieder in die Offensive. Die Zunahme rechtsextremer Aktivitäten, gewalttätige Übergriffe, Drohungen und Bombenbasteleien, ist für viele politisch Interessierte in den letzten Monaten offensichtlich geworden. Von besonderer Bedeutung sind die Entwicklungen zwischen Straches FPÖ und der militanten Nazi-Szene.

NEUFORMIERUNGSPROZESSE DER RECHTEN

Die Neuformierung der rechtsextremen und faschistischen Szene in Österreich findet statt. Der Rechtsextremismus-Experte Wolfgang Purtscheller fasst dies zusammen: "Nach der Zerschlagung der VAPO des Gottfried Küssel (eine bewaffnete Nazi-Truppe; Anm.) haben sich die militänen Faschos eine Zeit lang ziemlich mausig verhalten. Aber jetzt wagen sie sich – im Windschatten der offen rassistischen Hetzkampagnen von BZÖ und FPÖ, aber auch Teilen der bürgerlichen Presse – wieder aus ihren Löchern. Das burschenschaftliche Element in der FPÖ tritt massiver zutage, Gruppen wie die offen terroristische Nazi-Skinhead-Gang "Blood & Honour" haben sich konsolidiert und in manchen Regionen verankert, mit dem "Bund Freier Jugend" hat sich erstmals seit einhalb Jahrzehnten eine relativ professionell

agierende Neonazi-Jugendorganisation etabliert. Und auf muslimische Einrichtungen werden – getreu dem Motto 'Daham statt Islam' – Bombenattentate versucht."

Heribert Schiedel vom "Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes" (DÖW) ging im Rahmen einer Pressekonferenz der SLP auf die qualitativen Veränderungen der letzten Jahre ein: "In der rechtsextremen und Neonaziszene findet nach einer Periode der Rekrutierung nun eine Vertiefung und ein Ausbau von Strukturen statt. ... Bekannte Rechtsextreme, die einige Jahre untergetaucht waren, sind wieder vermehrt aktiv und versuchen gezielt bei Skinheads und Fußballfans politische Ideologie hineinzutragen. In verschiedenen Organisationen wird ein bewusster Kaderaufbau organisiert, ein deutliches Zeichen der Vorbereitung für eine politische Offensive."

Der angesprochene Wiederaufbau nach der Zersplitterung der VAPO als Folge der Verurteilung Küsels Anfang der 1990er zu 10 Jahren Haft passierte großteils außerhalb der großen Zentren, v.a. Wien. Es ist kein Zufall, dass sich die gewalttätige "Blood & Honour"-Szene mit einer Reihe von Konzerten in Vorarlberg und Oberösterreich finanzierte. Der "Bund freier Jugend" (BFJ) wich aufgrund der antifaschistischen Aktivitäten und Mobilisierungen seit 2003 von Linz stärker auf diverse kleinere Ortschaften im ländlichen Raum aus, um Kräfte aufzubauen (Freistadt, Innviertel, Salzkammergut). Seminare mit politischen Referaten werden dabei mit Auslandsaufenthalten und "geselligen Abenden" kombiniert. Einzelne Nazis versuchten es mit diversen Projekten, z.B. in Salzburg. Von den Bundesländern aus wirkten all diese ab einem bestimmten Zeitpunkt auf die Bundeshauptstadt. Ein wesentlicher Mobilisierungspunkt dafür war das "Heldengedenken" am Wiener Heldenplatz im Frühjahr 2002 (mit aktiver Beteiligung von FPÖ-Stadler), sowie die Demo gegen die Wehrmacht-Ausstellung und die Proteste gegen die Aberkennung des Ehrengrab-Status für den Verbrecher Walter Nowotny am Wiener Zentralfriedhof 2003. Diverse Treffen und Gruppenaufbau-Projekte folgten; am bedeutendsten hier wiederum "Blood & Honour" sowie das Wien-Projekt "Jugendkreis Hagen" des in Oberösterreich starken BFJ.

FPÖ UND NAZI-SZENE

Die SLP debattierte nach der BZÖ-FPÖ-Spaltung eine Reihe von Fragestellungen. Eine davon war, dass die Klärung der Verhältnisse innerhalb des "Dritten Lagers" sich auch in der (Neu-)Formierung der faschistischen Szene auswirken würde. Für faschistische Kreise war die FPÖ schon immer Bezugspunkt und Arbeitsfeld. Dies widerspricht nicht der Tatsache, dass es ein mitunter gespaltenes Verhältnis zu ihr gibt oder sie zumindest nur als Teil einer umfassenderen Tätigkeit gesehen wird.

Die Verbindungen zwischen FPÖ und faschistischem Lager sind mehr als die Summe von Einzelfällen. Sie bekommen dadurch Gewicht, dass in den Leitungsgremien der FPÖ-Jugend "RFJ" Leute sitzen, die selbst in der deutschen Nazi-Szene als "Nationalsozialisten" gesehen werden. Das allein bestimmt sicherlich noch nicht den Charakter der "FPÖ-neu", doch in Verbindung mit einer Zunahme wirtschaftlicher, sozialer sowie gesellschaftlicher Instabilität ist die Rolle solcher Elemente in einer rechtsextremen 15%- oder 20%-Partei nicht zu unterschätzen. Purtscheller zieht einen geschichtlichen Vergleich: "Das (die persönlichen Verstrickungen; Anm.) ist zwar bei der FPÖ eine langjährige Tradition – ich erinnere in diesem Zusammenhang immer an die Borodajewicz-Demos und an die Südtirolterroristen der 60er-Jahre, die auch zu 90% Burschenschaften und RFS- und/oder FP-Mitglieder waren. Aber es ist schon bemerkenswert, wenn der Organisator und Anmelder der Neonazidemo gegen die Wehrmachtssausstellung heute als 'Generalsekretär' des Ringes Freiheitlicher Jugend (RFJ) firmiert oder wenn Gottfried Küssel samt Kameraden bei einer FPÖ-Kundgebung in der Hitler-Geburtsstadt Braunau auftaucht – das hat Symbolcharakter." Immer wieder scheint sich eine Symbiose von Nazis und FPÖ einzustellen. Dazu Purtscheller: "Von den Nazis wird eine 'Schutzfunktion' der FPÖ eingefordert, und umgekehrt sind die Burschenschaften und Neonazis heute mehr denn je willkommener Ersatz für das zu Haider abgewanderte FPÖ-Kaderpersonal. Der Unterschied ist: was früher im Hinterstübchen, im Bierkeller oder auf der Burschenschaftsbude geschah, passiert heute offen."

Gleichzeitig spielt sich neben der FPÖ bzw. in ihrem Sog noch mehr ab. Der BFJ sieht die FPÖ aus dem Grund kritisch, da sie als großteils parlamentarisch agierende Kraft seiner Meinung nach den Kern der Abkehr von deutschnationalen Grundsätzen und die mit ihm verbundenen faschistischen Gesellschaftskonzepten in sich trägt. Die BFJ-Theoretiker sehen sich durch die Erfahrung Haiders bestätigt, der als Deutschnationaler begann, aus populistischen Gründen zum Österreich-Patriotismus schwenkte und mit einem Ja zum Türkei-EU-Beitritt endete. Der aggressive Rassismus der FPÖ ist für den BFJ die Mindestanforderung. Doch damit geben sich die Nachwuchs-Nazis nicht zufrieden. Zur Durchsetzung von z.B. "ethnischen Säuberungen" sieht der BFJ offensichtlich die Notwendigkeit des Aufbaus von Strukturen, die dem Druck dieses "etablierten Spektrums" nicht ausgesetzt sind. Dabei baut er auf seine Prognose, dass "das Volk" aufgrund Korruption und Abgehobenheit des etablierten bürgerlichen Parteiensystems der parlamentarischen Demokratie gegenüber gänzlich ablehnend gegenüberstehen wird und die Stunde der faschistischen Machtübernahme bevorsteht.

Es sei an dieser Stelle dahingestellt, wie weit die zweifelsohne existierende Unzufriedenheit mit den herrschenden kapitalistischen Verhältnissen allein genügen wird, faschistische Massenorganisationen nach sich zu ziehen. Entscheidend ist: diese Perspektive wirkt als Triebfeder einer neuen Generation faschistischer GewalttäterInnen. Und das im Gegensatz zum vorwiegend auf Wahlerfolge ausgerichteten rechtsextremen Populismus der Haider-Ära in den 90er Jahren. Bündnisse geht der BFJ mit Teilen der FPÖ dennoch ein; v.a. mit dem RFJ. Die FPÖ bzw. ihre Jugendstrukturen sind dabei nicht die einzigen Andockstationen. Der BFJ baut, ausgehend von einem mobilisierbaren Kern von etwa 100 in Oberösterreich, verstärkt an einer Ausweitung des Netzwerks außerhalb Österreichs. Es bestehen Kontakte zu Nazis in Deutschland (NPD und "Freie Kameradschaften"), Rumänien, Italien, Spanien. Der BFJ ist die Jugendorganisation jener "AfP", die als eine der Schnittstellen zwischen rechtsextremen Gruppen und der FPÖ gilt. Jedes Jahr veranstaltet sie eine sogenannte "Politische Akademie"; ein tradition-

Das Rechte Netzwerk 2006

Bund freier Jugend/BFJ

2000 aus der AfP-Jugend neu gegründet. Seitdem aggressives Auftreten und Einschüchterungsversuche gegen AntifaschistInnen. Der BFJ versucht, rassistische Demos salonfähig zu machen. Zentrum in OÖ, Aufbauversuche u.a. als Jugendkreis Hagen auch in Wien. Mobilisierungspotential in OÖ: bis zu 100. Der BFJ versteht sich als Kaderorganisation.

Ex-VAPO

Die VAPO war eine bewaffnete Nazi-Truppe. Ihr Führer Gottfried Küssel wurde 1992 inhaftiert und zu 10 Jahren Haft verurteilt. Vor kurzem nahm Küssel an einer FPÖ-Kundgebung in Braunau teil. Zumindest ein ehemaliger Küssel-Anhänger ist heute beim BFJ in Oberösterreich aktiv.

Neben inhaltlichen Überschneidungen gibt es in Oberösterreich punktuelle Zusammenarbeit zwischen RFJ und BFJ.

FPÖ

Tritt mit immer aggressiverem Rassismus auf. Im Nationalratswahlkampf 2006 u.a. mit Plakaten wie "Daham statt Islam" und "Deutsch statt nix verstehen". Unter den Abgeordneten finden sich einschlägige Rechtsextreme wie Martin Graf, Harald Stefan, Dietmar Kowarik (alle Burschenschaft Olympia), der deutsch-nationale katholische Fundamentalist Stadler, Umvolker Mölzer und der Redner zum 8. Mai HC Strache.

RFJ

Phillip Hasselbach, ein neonazistischer Kader aus Deutschland mit besten Kontakten nach Österreich meint: "In der FPÖ-Jugend, dem Ring freiheitlicher Jugend (RFJ), sind sogar führende Funktionäre im Bundesvorstand intern als Nationalsozialisten bekannt." Diese würden auch in entsprechenden Kreisen verkehren.

Teilnahme von RFJ'lern an Treffen im Stüberheim

Blood & Honour

Finanzierung und Aufbau über Nazi-Rock-Konzerte, vor allem in Vorarlberg. Dort bekannt für gewalttätige Übergriffe. Nun auch Expansion nach Ostösterreich. Regelmäßige Schulungen im AfP-Heim. Offensichtlich organisierte Teilnahme an FPÖ-Kundgebungen im Wahlkampf 2006; in Folge gewalttätige Übergriffe.

Verlinkung der RFJ-Homepage zur Homepage der Jugend von Vlaams Blok/Belang

AfP & "Stüber-Heim"

Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik. 1992 wurde ein Waffenlager ausgehoben, 2000 erneut Beschlagnahmungen. AfP war 1975 schon einmal wegen Wiederbetätigung aufgelöst. Die AfP organisiert "Politische Akademien" – Vernetzungstreffen der österreichischen & internationalen Nazisszene, an denen auch VertreterInnen der FPÖ teilnehmen.

Nazis international

Britannien: Terrorgruppe 'Combat 18', Belgien: u.a. Jugendorg. des Vlaams Belang, Deutschland: NPD und "Freie Kameradschaften", Spanien, Schweden, Rumänien, Italien,...

nelles Treffen des Rechtsextremismus mit internationaler Beteiligung.

DAS AFP-HEIM IN WIEN 16

Über das AfP-Heim in Wien schließt sich wiederum der Kreis zur FPÖ: Denn Funktionäre des RFJ (= FPÖ-Jugendorganisation) halten regelmäßig Treffen im "Stüber-Heim" der AfP im 16. Bezirk in Wien ab. Dabei wird versucht, Schläger-Nazis mit ideologischen Grundsätzen und einer politischen Strategie vertraut zu machen. In diesem Zusammenhang muss auf die Ausweitung der bisher in Vorarlberg starken "Blood & Honour"-Struktur hingewiesen werden. Ihr wichtigster Treffpunkt: das AfP-Heim. Mittels dieses Milieus und ausgehend von den "schlagenden" deutschnationalen Burschenschaften verfestigt sich eine Art Doppelstrategie: offensive mediale Hetze von Seiten der Strache-Partei und die Schaffung eines gewalttätigen Klimas auf der Straße und in den Wohnvierteln. Die Aufbau-Versuche faschistischer Organisationen umfassen auch den Sport. Einige Fußball-Fanclubs werden von Rechtsextremen planmäßig bearbeitet. So könnte es im Europameisterschafts-Jahr 2008 zu öffentlichen faschistischen Provokationen kommen.

DIE GEFAHR IST KONKRET

Die "Normalisierung" von aggressivem Rassismus durch FPÖ und Staatsrassismus in den 1990er geht heute mit einem Verwischen der Grenzen zwischen illegalen Nazi-Strukturen und legalen rechtsextremen Organisationen einher. Schiedel (DÖW) beantwortet die Frage nach der Gefahr rechtsextremer Anschläge: "Ja! Der Rechtsextremismus ist auf dem Weg zu vermehrten terroristischen Aktivitäten." Wie in den frühen 1990er Jahren finden paramilitärische Übungen der Nazisszene statt. Dem folgen Versuche, durch die Bildung von "Bürgerwehren" offen aufzutreten. Die ersten Angriffsziele sind MigrantInnen und sozial schwache Menschen, v.a. Jugendliche auf der Straße. Doch das ist nicht alles. Selbst der Charakter "gewöhnlicher" Telefon- und Mail-Drohungen hat sich geändert. Wolfgang Purtscheller: "Während diese früher anonym waren, wird heute öfter selbstbewusst der Namen genannt. Ein Phänomen, das durch das politische Klima, welches Strache, Westenthaler & CO schaffen, zu erklären ist." Schon im Wiener FPÖ-Wahlkampf 2005 und verstärkt diesen September waren bei den Strache-Kundgebungen in Favoriten viele "Blood & Honour"-Nazis anwesend. Nach der Kundgebung kam es, ähnlich wie im Rahmen der Wiener Wahlen 2005 auch zu gewalttätigen Überfällen solcher Schläger in der U-Bahn.

Doch rechte Gewalt wird nicht nur von martialischen Nazi-Truppen verbreitet. Es gibt eine allgemeine Stimmung in Teilen der Gesellschaft, die auf vielfältige Weise mit Worten und in Folge mit Taten Menschen attackiert. Wöchentlich gibt es in Österreich mitunter mehrere Verletzte aufgrund rechtsextremer Gewalttaten. Auch Todesopfer gab es in den letzten Jahren bereits zu beklagen. Der Anschlagsversuch gegen die Moslemische Jugend vom 11. September und die Ver-

bindungen der österreichischen Nazis nach Ostdeutschland, England etc. zeigen, wie real die Bedrohung ist. Der notwendige Schutz muss über Öffentlichmachung, Mobilisierungen und praktische Solidarität erfolgen. Das beginnt damit, dass man sich auf der Straße bei rassistischen Anpöbelungen einmischt und Partei ergreift.

DAS BESTE MITTEL: MOBILISIERUNGEN

Bei der Verteidigung gegen rechtsextreme Übergriffe sollte versucht werden, möglichst viele Menschen zusammenzubringen. Organisierte Notwehr gegen rechte Gewalt ist vollauf gerechtfertigt. Durch Kundgebungen und Demos kann verhindert werden, dass es als "normal" angesehen wird, dass sich Nazis und der gleichen offen zeigen, Menschen einschüchtern oder verprügeln. Dabei geht es nicht um "Bandenkriege" zwischen "links" und "rechts". Je mehr Menschen sich an solchen Aktionen beteiligen, desto reibungsloser werden diese ablaufen. So kann den Rechtsextremen gezeigt werden, dass es mit dem Kräfteverhältnis zu ihren Ungunsten steht. Was aber noch wichtiger ist: so schafft man Selbstvertrauen bei antifaschistischen Menschen und vor allem Jugendlichen. Es gibt aus den letzten Jahren eine Reihe von Bei-

spielen aus Wien, OÖ, Salzburg und Vorarlberg, wo durch mutige Aktivitäten Nazis zurückgedrängt und deren Aktivitäten zumindest erschwert werden konnten. Auch wenn Rechtsextreme den weiteren Sozialabbau und die hohe Arbeitslosigkeit für ihre Hetze ausnutzen möchten, so müssen diese sozialen Probleme nicht automatisch zu einer Stärkung faschistischer Organisationen führen. Es ist vor allem davon abhängig, ob und wie eine starke linke Alternative für ArbeiterInnen und Jugendliche aufgebaut werden wird.

- ▶ Für gemeinsame Aktionen aller AntifaschistInnen und Anti-RassistInnen, um BFJ, "Blood & Honour", RFJ und Burschenschaften an öffentlichem Auftreten und Propaganda

TERMIN

DONNERSTAG, 19.10.06 UM 18:00 UHR

INFORMATIONS- UND DISKUSSIONSVERANSTALTUNG:

Das rechte Netzwerk in Österreich und die Verbindungen zwischen FPÖ und Nazisszene
Piwnica, Wien 20., Jägerstraße 38 (U6 Jägerstraße, U4 Friedensbrücke, 5, 33 – Wallensteinplatz)

"Die braunen Umtriebe öffentlich machen"

Aus einem Interview der SLP mit dem Rechtsextremismus-Experten Wolfgang Purtscheller, Autor mehrerer Bücher zum Thema Rechtsextremismus in Österreich. Das gesamte Interview findet sich auf www.slp.at.

Sie vertreten die These einer neuen Welle der Bedrohung durch rechtsextreme Organisationen. Woran machen Sie das fest und was ist wirklich neu daran?

Mich erinnert das Szenario stark an die frühen 90er-Jahre, als im Gefolge des FPÖ-Ausländervolksbegehrns ähnliche Entwicklungen zu beobachten waren. Ein gutes Beispiel für dieses immer offensivere und aggressivere Agieren der Hardcore-Szene bot Straches Wahl-Schlusskundgebung auf dem Victor Adler Markt in Favoriten. Da waren unzählige Glatzen dabei, teilweise in "Blood & Honour"-T-Shirts, andere kamen als in einheitliche "Gruppe Starhemberg"-Sweater gedreßte Nachwuchs-SA daher. Und nach der Kundgebung wurde z.B. ein Freund von mir in der U-Bahn von einer Skinheads-Horde überfallen und schwerst verletzt, er erlitt u.a. einen Kieferbruch und einen Augenhöhlenbruch. Die fühlen sich von Strache und seiner Propaganda ermuntert. Und nicht nur die militante Szene fühlt sich bestärkt. Ein anderer Freund von mir – er ist Österreicher nordafrikanischer Abstammung – wurde am selben Tag aus einem Beisitz im fünften Bezirk geschmissen, weil dort Bier "nur an Österreicher" ausgeschenkt wird. Der Rassismus hat viele Gesichter, militante und nicht ganz so militante: aber dass ich an ein und demselben Tag in meinem unmittelbaren Bekanntheitskreis mit zwei Übergriffen konfrontiert wer-

de, das ist schon recht symptomatisch für die politische Großwetterlage.

Drückt sich diese Radikalisierung auch in einer gewalttätigen Entladung gegenüber MigrantInnen aus?

Ganz klar. Sämtliche Antirassismus-Organisationen, aber auch Amnesty International und Flüchtlings-Hilfsorganisationen berichten von einer geradezu explosionsartigen Zunahme rassistisch motivierter Gewalttaten in den letzten Monaten. Der Rassismus-Wettbewerb zwischen BZÖ und FPÖ hat da eindeutig die Flutventile geöffnet.

Inwieweit und wenn ja warum stehen Kräfte wie die SLP heute im Fadenkreuz solcher Organisationen?

Man muss ganz klar sagen: Gruppen wie "Blood & Honour" stehen für mörderischen Terror gegen Linke. Sowohl in England als auch in Schweren zeichnet B&H bzw. deren bewaffneter Arm "Combat 18" verantwortlich für eine ganze Reihe von Schuss- und Bombenattentaten gegen linke GewerkschafterInnen und JournalistInnen. Erst vor ein paar Wochen wurde in Belgien die dortige B&H-Sektion ausgehoben, dadurch konnten buchstäblich in letzter Sekunde Anschläge verhindert werden. Dazu kommt, dass die Faschos seit Jahren gezielt AntifaschistInnen ausspionieren. Diese "Anti-Antifa" genannte Schnüffelei wird auch in Österreich mit großem Aufwand betrieben. Wir sollten nicht vergessen, dass es sich ja bei der sogenannten "Spitzelaffäre" vor ein paar Jahren darum handelte, dass rechtsextreme Bullen Daten über Linke – u.a.

über mich – gezielt an interessierte FPÖ-Politiker weiterleiteten. Erst in diesem Sommer hat sich "News" mit Stadlers Festplatte im FPÖ-Parlamentsklub beschäftigt. Nachgewiesen wurde dabei u.a., dass Stadlers Sekretär, ein Recke aus dem BFJ-Umfeld, (neben allerlei verbotener neonazistischer Literatur) systematisch Daten über politische Gegner sammelte. Diese "Anti-Antifa"-Arbeit betreiben die ja nicht aus Spaß an der Freude, sondern mit dem einzigen Zweck, die Resultate bei Bedarf gezielt und skrupellos gegen AntifaschistInnen einzusetzen. Ich habe dazu vor ein paar Jahren schon ein Buch geschrieben ("Delikt: Antifaschismus"). So wie es aussieht und auch in diversen einschlägigen Gazetten nachzulesen ist, wird sich der Trend zu "Anti-Antifa" mit zunehmender Härte der Auseinandersetzung verschärfen. Das betrifft alle exponierten Linken, und damit auch die SLP.

Wo sehen Sie heute den inhaltlichen Schwerpunkt des Kampfes gegen Rassismus und Antisemitismus? Welche Aktionsformen schlagen Sie vor?

Wichtig ist: die braunen Umtriebe öffentlich machen. Nichts stört die Herrschaft mehr als die Aufdeckung ihrer Vernetzungen und Aktionen. Das gilt ganz besonders für die jetzige Phase, wo sowohl B&H als auch BFJ wieder mal versuchen, sich in Wien zu verankern und Strukturen aufzubauen. Insbesondere rund um das "Fritz-Stüber-Heim" der AfP in der Koppstraße sind in letzter Zeit vermehrte Aktivitäten in Richtung auf die Rekrutierung Jugendlicher zu beobachten. Da ist die Antifa gefordert. Es ist höchste Zeit, diese Aktivitäten dort massiv zu behindern bzw. erschweren.

SozialistInnen im Wahlkampf I

52.000 Stimmen und 14 WASG-Mandate in Berlin

von Harald Mahrer, SLP Wien

Die Berliner Wahlen endeten mit einer schallenden Ohrfeige für die Parteien des Establishments im Allgemeinen und die Linkspartei.PDS im Besonderen. Der Tagesspiegel titelte: Das große Misstrauensvotum.

TOTALE ABSAGE AN ESTABLISHMENT

Die regierende Linkspartei.PDS halbierte ihre Stimmenzahl von ca. 370.000 auf ca. 185.000 Stimmen. Die ebenfalls regierende SPD – die sich als große Wahlsiegerin feiert – verlor ebenfalls etwa 55.000 Stimmen. Nimmt man 42% NichtwählerInnen, die 13,7% für jene Parteien, die an der 5%-Hürde scheiterten, und die 3 % ungültigen Stimmen hinzu, kommt ans Licht, dass weit weniger als die Hälfte der Stimmberechtigten für eine im künftigen Abgeordnetenhaus vertretene Partei stimmten.

EINDRUCKSVOLLES LEBENS-ZEICHEN DER LINKEN

Die erstmals antretende WASG konnte aus dem Stand 52.000 Erststimmen und 40.600 Zweitstimmen erringen (3,8% bzw. 2,9%). Der beste Direktkandidat kam auf über 10% in seinem Wahlkreis. WASG-Spitzenkandidatin Lucy Redler (auch Mitglied der SAV, Sozialistische Alternative, Schwesterorganisation der SLP) erreichte in ihrem Wahlkreis mehr als 7% der Stimmen. Darüber hinaus zog die WASG in sieben Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) mit insgesamt 14 Abgeordneten ein. Drei dieser Abgeordneten sind auch Mitglieder SAV. Das Argument von Lafontaine und Linkspartei.PDS, dass die WASG Mitschuld am Verlust von 185.000 Stimmen trage, wird durch folgende Zahl ad absurdum geführt: Nur jedeR dritte WASG-Wäh-



lerIn wählte beim letzten Mal PDS, das entspricht etwa 17.000 Personen. 2 von 3 WASG-WählerInnen konnten also neu für die Linke gewonnen werden.

WERMUTSTROPFEN UND WIDERSTÄNDE

Der einzige Wermutstropfen an dem hervorragenden Ergebnis ist das Nickerchen der undemokratischen 5%-Hürde. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen: Erstens machte die WASG-Bundesspitze um Lafontaine Wahlkampf für die Linkspartei.PDS mit der sie fusionieren möchte, obwohl diese am massiven Sozialabbau in Berlin beteiligt ist. Das ging so weit, dass Inserate mit WASG-Logo geschaltet wurden, die zur Wahl der Linkspartei.PDS aufrufen. Das Wahlkampfbudget beschränkte sich ohne bundesweite Unterstützung auf magere 55.000 Euro. Zweitens existiert die WASG in ihrer Berliner Eigenständigkeit erst seit gut 6

Monaten, ein relativ kurzer Zeitraum also um bekannt zu machen, was anders an dieser WASG ist. Drittens – und das

ist wohl der wichtigste Grund – ist das Vertrauen der BerlineInnen in politische Parteien im Allgemeinen nach Jahren des rot-roten Kahlschlags tief erschüttert. Immer wieder mussten die GenossInnen bei Wahlkundgebungen hören: "Eure Ideen sind gut, aber warum sollen wir euch glauben, dass ihr nicht nach der Wahl genauso überlauft wie all die anderen Parteien?"

Die WASG Berlin muss erst beweisen, dass sie nicht nur im Wahlkampf Streikende (z.B. bei der Charite oder Bosch-Siemens-Haushaltsgärtner) aktiv unterstützt und Kämpfe (z.B. gegen Wohnungsprivatisierung des rot-roten Stadtsegnats) initiiert, sondern nach der Wahl – durch 14 Mandate in BVV gestärkt – den Widerstand weitertriebt und Stachel im Fleisch der Berliner Politikerkaste bleibt. Der enorm gestiegerte Bekanntheitsgrad und das mehr als respektable Wahlergebnis sind dafür ein guter Grundstein.

Berliner Stimmungshoch

von Petra Neuhold, SLP Wien

Der Berliner Wahlkampf war – im Gegensatz zum österreichischen – von realen Aussichten auf einen Einzug der WASG in den Berliner Senat geprägt. Ganz Berlin war mit WASG-Plakaten dekoriert, an fast jeder Ecke lächelte einem die Spitzenkandidatin Lucy Redler zu und die Berliner Zeitungen berichteten beinahe täglich über den Wahlauftakt der WASG.

Diese mediale Präsenz und die damit verknüpfte Hoffnung den Einzug zu schaffen, spiegelte sich auch in der allgemeinen Wahlkampf-Stimmung wieder. Bei meiner Ankunft in Berlin befanden sich die AktivistInnen der WASG schon über mehrere Wochen in einem anstrengenden Wahlkampf. Dennoch vermittelten sie den Eindruck unermüdlich und hochmotiviert zu sein. Ein Stimmungshoch, das sich auch auf mich übertrug und durch Gespräche mit PassantInnen bei Infotischen verstärkt wurde. WASG war den meisten BerlinerInnen nicht nur ein Begriff, sondern sogar Auslöser heftiger Debatten zwischen den PassantInnen. Diskutiert wurde meistens nicht – wie man/frau vermuten könnte – über Abschiebepolitik oder das "AusländerInnen-Problem", sondern über Sozialabbau, Wohnungsverkäufe und die eigenständige WASG-Kandidatur. Alles in allem folglich ein interessanter Berliner Wahlkampf, der vielleicht in Zukunft auf ähnliche Weise in Wien stattfinden wird.

SozialistInnen im Wahlkampf II

Wahlkampagne der SLP gegen Kapitalismus und Rassismus

10 Euro pro Stunde – das gibt es nur für Wahlhelfer anderer Parteien. Unser "Zuckerl" war ein Programm "gegen Rassismus und Kapitalismus".

50 AKTIONEN IM SEPTEMBER

Im Wahlkampfmonat September waren wir durch knapp 50 Aktionen auf der Straße vertreten. Zusätzlich fand man auch am Volksstimmfest einen SLP-Stand. Und wir mobilisierten als einzige wahlbende Partei gegen die FPÖ: Ca. 50 Menschen demonstrierten gegen die FPÖ-Auftaktkundgebung. Dutzende gegen das FPÖ-Fest am Wallensteinplatz und abschließend – mit ca. 250 TeilnehmerInnen – gegen ihre Abschlusskundgebung am Viktor-Adler-Markt. Auch auf der Demo gegen Krieg und Besatzung waren SLP-Aktivi-

stInnen mit unserer Stellungnahme zu den Ereignissen im Nahen Osten vertreten.

2.400 PLAKATE IN 7 SPRACHEN VERSCHÖNERTEN WIEN

Neben dem positiven Echo vieler PassantInnen und letztlich auch WählerInnen, ist der Gewinn zweier neuer Mitglieder der wichtigste Erfolg des Wahlkampfs 2006. Die Schülerin Lila erklärt: "Als ich zufällig auf die SLP gestoßen bin, wusste ich sofort, dass ich Mitglied werde, weil es genau das war, worauf ich immer gewartet habe und Leute gefunden habe, die so denken wie ich." Petra, Studentin, meint über den Beitritt: "Entscheidend war die Einsicht, dass sich gesellschaftspolitische Veränderungen nicht ausschließlich über Bewusstseinsveränderungen durch das

Verfassen kritischer Theorie-Texte herbeiführen lassen. Vielmehr ist es notwendig auch aktiven politischen Widerstand in Gewerkschaften und auf der Straße gegen zunehmenden Sozialabbau und Rassismus zu organisieren. Und es war für mich wichtig, dass sich die SLP für die Rechte von ArbeitnehmerInnen, MigrantInnen und Frauen gleichermaßen einsetzt. Denn soziale Ungleichheit manifestiert sich unter anderem entlang der Achsen Klasse, Ethnizität und Geschlecht. Daher ist es auch in der Praxis notwendig den politischen Kampf auf mehreren Ebenen zu führen.

Wir laden alle Jugendliche, ArbeitnehmerInnen, PensionistInnen und MigrantInnen ein mit der SLP aktiv zu werden. Denn der Kampf für sozialistische Ideen und gegen den zunehmenden Rassismus ist lange nicht vorbei und so wird es auch nach den Wahlen alles andere als eine Verschnaufpauze geben...

SPENDEN

Unsere Arbeit kostet Geld. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerantrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause – ein "All-Inclusive-Abo" eben. **PSK 8812.733**

SLP IN EIGENER SACHE

Die SLP-Treffpunkte

LINZ

jeweils Montag, 17.30 Uhr,
"Alte Welt", Linz, Hauptplatz 4

NIEDERÖSTERREICH

nicht regelmäßig, Infos unter 01/524 63 10 oder slp@slp.at

SALZBURG

Salzburg Stadt
jeweils Donnerstag, 18.00 Uhr,
"Shakespeare", Salzburg, Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

RADSTADT

SLP-Treffen erfragen unter 0664 7831367

WIEN

Jugend-Gruppe
jeden Montag um 18 Uhr,
Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8, (U2, U3 Volkstheater, 48A, 49)

SLP WIEN-WEST

jeden Mittwoch um 19 Uhr,
Fünfhauser Stüberl, 15., Löhrgasse 13, (U3, U6 Westbahnhof)

SLP WIEN-NORD

jeden Donnerstag um 18 Uhr,
Piwnica, 20., Ecke Zentagasse/Siebenbrunnengasse
(U4 Pilgramgasse, S-Bahn Matzleinsdorfer Platz)

SLP WIEN-SÜD

vorläufig Freitag um 19 Uhr,
(Änderung des Wochentags möglich, Info auf www.slp.at)
Bunte Kuh, 5., Ecke Zentagasse/Siebenbrunnengasse
(U4 Pilgramgasse, S-Bahn Matzleinsdorfer Platz)

In Ihrer Nähe gibt es noch keine SLP-Gruppe? Wir unterstützen Sie gerne als individuelles Mitglied beim Aufbau von Aktivitäten.



VORWÄRTS ist die Zeitung für Widerstand, Solidarität und Sozialismus.

VORWÄRTS ist parteiisch: Immer für ArbeitnehmerInnen, Frauen und Jugendliche.

VORWÄRTS ist unabhängig vom großen Geld, aber abhängig von seinen UnterstützerInnen.

Abonnement bestellen:

Tel.: 01/524 63 10
oder EUR 18,00* an PSK 8812.733 überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort "Abo" nicht vergessen!
*Sozialpreis für Menschen ohne eigenem Einkommen EUR 10,00
Alle Preise für 10 Ausgaben inkl. Porto und Versand

www.slp.at

SLP Sozialistische Linkspartei Österreichische Sektion des Komitees für eine ArbeitnehmerInneninternationale (CWCI)

[Home](#) [Über uns](#) [Termine](#) [Erthung vorwärts](#) [Theorie](#) [Publikationen](#) [Aktivitäten und Praxis](#) [Internationale](#) [Österreich](#) [Bundesländer](#) [Bewegung](#) [Frauenrechte](#) [Jugend](#) [Suche](#)

SLP – die Partei zum Mitmachen! Unsere Arbeit kann nur durch die Aktivität unserer Mitglieder aufrechterhalten werden. Tragen auch Du/Deinen auch Sie dazu bei!

Solidarität mit den Neusiedler/Mondi - ArbeitnehmerInnen im slowakischen Ruzomberok

Im slowakischen Neusiedler/Mondi-Werk geht das Management mit Repression gegen Arbeitnehmer vor, die für höhere Löhne und Gewerkschaftsrechte eintraten. Das Management ist überwiegend österreichisch, Viele Sorgen, Pech und Angst. Die Gewerkschaftsvertretung, die auch die Abstimmungsvorsteherin bei Mondi ist, verhinderte die Abstimmung.

• Neusiedler tritt ArbeitnehmerInnenrechte mit Füßen

Schluss mit dem Terror der radikalen Abtreibungsgegner!

Nein zum Baby-Holocaust-Museum von NSU! Human Life International (HLI) hat in den ehemaligen Räumlichkeiten der Lucia-Klinik eine Baby+Holocaust-Gedenkstätte errichtet. Schon vor dem Sommer wurden die Geräte und die

Gemeinsam gegen rechte Gewalt!
Abteilung ist Frauenrecht!
Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften
Termin: Befreiungstermin
Mai 2005
Sonntag, 08.05.05
06:45 bis Sonntag, 09.05.05
17:00
MitarbeiterInnen
Dienst: Befreiungstermin

www.slp.at bringt aktuelle Berichte von gewerkschaftlichen und politischen Aktionen aus aller Welt und Analysen zu aktuellen Themen aus Österreich und der ganzen Welt. Regelmäßig vorbeischauen lohnt sich!

Soziale Explosion in Ungarn

Nur 250 Kilometer östlich von Wien entlädt sich die Enttäuschung über sozialdemokratische "Reform"-Politik

von John Evers, Wien/Sopron

Es war eine regelrechte soziale Explosion, die am 19. September und der Woche danach, laut durch die Straßen Budapests hallte. Den Auslöser stellte die, inzwischen bereits legendäre Rede, des sozialdemokratischen Regierungschefs und Multimillionärs Ferenc Gyurcsány dar. Dieser räumte vor einem Parteigremium ein, dass Volk belogen zu haben, um die letzten Wahlen (Frühjahr 2006) zu gewinnen und kündigte nun harte Sanierungsmaßnahmen an, um das Budget für die EURO-Einführung fit zu machen. Ungarn wird seit 2002 von einer Koalition aus Sozialdemokraten (die sich offiziell Ungarische Sozialistische Partei, MSZP, nennt) und Liberalen (Bund Freier Demokraten, SZDSZ) regiert – von der Rechts-Opposition insgesamt schlicht als "die Kommunisten" denunziert.

WIDERSPRÜCHLICHER CHARAKTER DER PROTESTWELLE

Die Protestwelle im September hatte zum einen spontanen Charakter, in ihrer Form reichten die Methoden von der entschlossenen, aber friedlichen Massendemonstration bis zum blauen Vandalismus einiger Gruppen, die in die gestürmten TV-Studios urinierten. Zum anderen erscheint die politische Ausrichtung der Demonstrationen unscharf: Anknüpfungen an die ungarische Revolution gegen den Stalinismus 1956 waren ebenso unübersehbar, wie der Einfluss rechtsextremer Kräfte. Ein dominantes Symbol stellten die ungarischen Nationalfarben (rot-weiss-grün) dar, die geprägt mit Parolen gegen "die Kommunisten" an der Regierung aufrührten. Orbán Viktor von der großen, rechtspopulistischen Oppositionspartei FIDEZ, versuchte zunächst die Proteste zu vereinnahmen. Bemerkenswerterweise blieben auch Proteste außerhalb der Hauptstadt – in der die Sozialdemokratie bei den Wahlen 2006 mit 43,78 Prozent deutlich die Mehrheit erzielte – in den west- und mittelungarischen Provinzhochburgen der FIDEZ fast völlig aus. Umgekehrt waren hunderte, wenn nicht einige tausend Teilnehmer an den Budapester Demonstrationen aus diesen Regionen; Rechte Einheitscher die hier bewusst von der rechten Opposition angekettet wurden. Der FIDEZ, die selbst immer wieder zum Mittel der Mobilisierung nationalistischer Kräfte gegen die "Kommunistenregierung" greift, gingen die Demonstrationen allerdings unmittelbar zu weit. Im Hinblick darauf, den sicherten – und inzwischen eingetretenen – Sieg bei den Kommunalwahlen am 1.10. nicht durch eine unberechenbare Eskalation zu riskieren, waren Orbán und Co. schlussendlich für die vorläufige Demobili-



sierung der Bewegung verantwortlich.

HINTERGRUND

Ungarn war einst Vorreiter der "Wende" in Osteuropa. Einer Wende die allerdings nicht unbedingt zum Besseren für die Mehrheit der Bevölkerung verlaufen ist: Trotz einer Phase von Lohnsteigerungen um das Jahr 2000, liegen die Löhne nach Kaufkraftparitäten noch immer bei nur ca. 40 % des österreichischen Niveaus (netto sind es knapp 400 Euro). Inzwischen bildet Ungarn bei der Reallohnentwicklung sogar eines der Schlusslichter in der EU. Einer Wende die allerdings ebenso von den ehemaligen KP-Apparatschiks maßgeblich vorangetrieben wurde: "Sozialisten" wie der Ex-KP Jugendfunktionär Gyurcsány haben sich in dieser Periode der 90er Jahre eine goldene Nase verdient. Diese "Wendekommunisten" wurden und werden von breiten Teilen der Bevölkerung deshalb als jene identifiziert, die es sich schon immer auf Kosten der kleinen Leute "richten" konnten. Ebenso war bezeichnenderweise bereits die Regierungszeit des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Gyula Horn in den 1990ern jene Periode, in welcher die härteste neoliberalen "Reformpolitik" vorangetrieben wurde. Diese Phase bedeutete gleichzeitig den Aufstieg der rechtspopulistischen FIDEZ von einer Kleinpartei (7 %) zur stärksten Oppositionskraft, welche 1998 schließlich die Sozialdemokraten für vier Jahre ablösen konnte. Obwohl die FIDEZ und ihre Bündnispartner, wie die rechtsextreme und antisemitische MIEP, 2002 – wenn auch knapp – wieder abgewählt wurden, versuchen die rechten Oppositionsparteien seitdem soziale Rhetorik mit dem traditionell stark verankerten Antikommunismus, Nationalismus und Antisemitismus zu verbinden.

Der nun erhöhte Druck internationaler Institutionen, das Budgetdefizit von mehr als 10 Prozent auf die "EU-Vorgabe" von 3 Prozent zu senken, würde massive Streichung von Zuschüssen für die 30 Prozent (=3 Millionen) offiziell Arme (z.B. Streichung von Heizkostenzuschüssen ...), sowie im öffentlichen Dienst bedeuteten. Der öf-

fentliche Dienst ist allerdings für die ungarische Gesellschaft in weiten Bereichen auch jener Kitt, der – trotz offiziell relativ niedriger Arbeitslosigkeit im Landesdurchschnitt (6 %, in Ostungarn allerdings bis zu 20 %) – das Land noch irgendwie zusammenhält.

POLITISCHE PERSPEKTIVEN

Politisch scheint diese ungarische Gesellschaft an der Oberfläche zwar eindeutig gespalten: Zwischen den "komunistischen Liberal-Sozialisten", die für die kapitalistische "Internationalisierung" des Landes stehen, und der Rechtsopposition die sich als einzige "echte Ungarn" betrachten. Demgegenüber leh-

nen aber ebenso 60 Prozent der Ungarn Versuche ab, die Regierung über die, nach dem 1.10. von der Rechten erneut angekündigten Großdemonstrationen zu stürzen. Gleichzeitig sind wiederum nur 27 Prozent der Meinung, dass das aktuelle Kabinett bleiben soll. Insgesamt sind auch nur 21 Prozent für vorgezogene Neuwahlen – ein auffälliger Widerspruch zur explosiven Stimmung gegenüber dem angekündigten Sozialabbau und der Ablehnung Gyurcsánys (Zahlen nach: Pester Lloyd / Nr. 40/2006). Selbst wenn die kommenden Wochen zum Sturz der aktuellen Regierung führen, ist das politische Vakuum, die Frage nach Alternativen zum neoliberalen "Nationalismus" a la FIDEZ bzw.

"Internationalismus" a la MSZP somit evident. Eine Schlüsselrolle könnten die, bisher in der Mehrheit an die Regierungskoalition gebundenen, Gewerkschaften spielen: Sie hatten ebenfalls Proteste gegen Gyurcsánys Sparpläne angekündigt. Von den bereits für Ende September versprochenen Kampfmaßnahmen war allerdings bisher in den Medien nichts zu vernehmen. Mit rund 18 Prozent Organisationsgrad gehören sie aber immerhin zu den stärksten Gewerkschaftsbewegungen in Osteuropa – ein Potential aus dem sich in der kommenden Periode, tatsächlich linke und kämpferische Alternativen entwickeln könnten. Vielleicht rascher als manche denken.

Armut & Elend

"Auch die Untätigkeit und Unfähigkeit der Linksregierungen ist dafür verantwortlich, dass das Lebensniveau der großen Mehrheit noch hinter den Glanzzeiten der Kádár-Ära* herhinkt, dass Millionen, darunter viele der 3,2 Millionen Rentner, in Armut, sogar Elend leben. Durch diese Politik ist das Land in eine tiefe Budgetkrise geraten. (Durch) Die bekannt gewordene "geheime" Rede von Gyurcsány wurde Öl ins Feuer gegossen: Die Verlierer der Wende fühlten sich in ihrer Meinung bestätigt, dass "die Kommunisten" schon immer gelogen haben. Ihr Chef habe das nun zynisch und offen zugegeben. Die MSZP erwidert: Die Rede sei ein leidenschaftlicher Aufschrei gewesen, um den Widerstand in der Partei gegen die unvermeidlichen harten Reformen durchzusetzen."

Pester Lloyd (39/2006), deutschsprachige Wochenszeitung Ungarns

*Anmerkung JE: 1956–1988, im Westen als "Gulashkommunismus" bezeichnet.

Kapitalismus ist auch in Schweden nicht "menschlich"

Sozialabbau-Regierung abgewählt

Jan Rybak, SLP Salzburg

Von Seiten des ÖGB und der SPÖ wurde immer wieder das "schwedische Modell" mit seinem gut ausgebautem Sozialstaat und beinahe Vollbeschäftigung als "sozialer Kapitalismus" gepriesen.

Die SAP (Sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens) mit dem Premierminister Göran Persson hat diesen "schwedischen Weg" viele Jahre lang repräsentiert. Ihr wurde jedoch bei den Wahlen am 17. September eine klare Niederlage zugefügt. Mit 34,9 % hat sie das schlechteste Ergebnis seit 1921 eingefahren. Die SAP verlor vor allem in ihren ehemaligen Hochburgen, den ArbeiterInnen- und MigrantInnenvierteln der Großstädte. Die Gründe dafür sind nicht, dass die SchwedInnen des Sozialstaates überdrüssig wären, wie ein Journalist der "Welt" mutmaßte. Wahr ist genau das Gegenteil. Die SAP wurde dafür bestraft, dass sie Politik nur noch für UnternheimerInnen machte und damit für den Niedergang eben dieses Sozialstaates verantwortlich war.

"MENSCHLICHER KAPITALISMUS"

Das ehemals hervorragende Sozial- und Bildungssystem, das trotz aller Beteuerungen



von SozialdemokratInnen nicht von der SAP aufgebaut wurde, sondern von den ArbeiterInnen während der 60er und 70er Jahre hart erkämpft worden war, wurde von der Regierung Persson in den letzten Jahren konsequent kaputtgespart. So machen die Ausgaben für das Militär heute das Dreifache dessen aus, was ins Gesundheitssystem fließt.

Schweden, ehemals ein Musterbeispiel für Vollbeschäftigung, hat heute eine Arbeitslosenrate, die offiziell bei 5,2 % liegt, faktisch aber zwischen 8 und 9 % liegen dürfte, da viele Arbeitslose (ähnlich wie in Österreich) in Schulungen und Ähnlichem versteckt werden.

Das beweist, dass Verbesserungen für die ArbeiterInnenklasse innerhalb des Kapita-

kampf (ähnlich der FPÖ) nicht "nur" mit Rassismus übelster Sorte zu punkten. Ihr Wahlkampf zeichnete sich vor allem durch soziale Demagogie aus. Die SD stellte sich als Verteidigerin des schwedischen Sozialstaates dar. So konnte die SD zwar nicht in den Reichsrat (der schwedische Nationalrat) einziehen, gewann aber mehrere Sitze in Landes- und Stadtparlamenten.

ERFOLG FÜR SOZIALISTINNEN: 8 STADTRÄTE GEWONNEN!

Die Rättsvispartiet Socialistera (Sozialistische Gerechtigkeitspartei – schwedische Schwesternpartei der SLP) kämpft seit Jahren gegen den Rassismus der SD und den Sozial- und Bildungsabbau der Regierung. Sie erreichte bei den Wahlen acht Sitze in Stadträten, welche nun als Plattform für die Interessen von ArbeiterInnen, MigrantInnen und Jugendlichen dienen.

Der Niedergang der schwedischen Sozialdemokratie und des "schwedischen Modells" zeigt deutlich, dass sich die ArbeiterInnen und Jugendlichen nicht mit kurzlebigen Reformen begnügen dürfen. Nötig ist der Sturz des Kapitalismus und der Aufbau einer sozialistischen Demokratie. Dafür stehen wir in Schweden, wie in Österreich.

VORWÄRTS

sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Preis: EUR 0,80

Nummer 160

Oktober 2006



Demo gegen rechts!

Irkçılığa ve fasizme karşı yürüyüş!

9. November - Demonstration gegen rechts
Gegen Rassismus, Faschismus und rechte Gewalt!

Am 9. November ist der Jahrestag der November-Pogrome (auch bekannt unter dem beschönigenden Namen "Reichskristallnacht"). 1938 kam es zu vom Nazi-Regime organisierten Ausschreitungen gegen jüdische MitbürgerInnen. Nazis und Rechtsextreme veranstalten an diesem Tag gerne ihre widerlichen Feiern.

POLITIK SCHÜRT BODEN
FÜR GEWALT

Heuer werden diese vor dem Hintergrund von zunehmender rechter Gewalt stattfinden. Diese Gewalt fällt nicht vom Himmel. Die etablierten Parteien schüren ein Klima von Rassismus. ÖVP-Innenministerin Propkop zitiert (falsch) aus einer (unwissenschaftlichen) Studie und heizt das Klima gegen Moslems/Muslima damit auf. SPÖ-Gu-

senbauer erklärt, dass Asyl kein Recht, sondern ein Privileg ist und unterstützt damit indirekt die Lügen von den angeblichen "Asylbetrügern". FPÖ und BZÖ überbieten sich in ihrer Hetze gegen ausländische MitbürgerInnen.

Wer so ein Klima schürt muss sich nicht wundern, wenn es vermehrt zu Übergriffen kommt. MigrantInnen werden beschimpft, angepöbelt, überfallen und krankenhausreif geprügelt. Das Bedauern der etablierten Parteien darüber ist bestenfalls scheinheilig.

RECHTE GEWALT UND HETZEN
NICHT AKZEPTIEREN

Wir meinen, dass rechte Hetze und Gewalt nicht einfach hingenommen werden dürfen. Nicht MigrantInnen sind schuld, wenn sie angegriffen werden. Wie in

Deutschland versuchen die Rechten auch in Österreich Gebiete zu schaffen, wo MigrantInnen und linke Jugendliche sich nicht hintrauen sollen. Um das zu erreichen, verbreiten sie Angst und Terror.

Die Täter sind nicht einfach "dumme Buam", wie das von Polizei und Medien teilweise dargestellt wird. Die Täter sind jene, die durch ihre Hetze ein Klima für diese Gewalt schaffen. Und die Täter sind rechte Organisationen, die ganz bewußt die Gewalt fördern. Die "Blood&Honour" Szene, die gerade versucht, in Wien Fuß zu fassen, hat z.B. in England und Schweden schon eine Reihe von Menschen ermordet.

WIDERSTAND ORGANISIEREN

Es ist notwendig, gegen Rassismus und Faschismus aktiv zu werden. Die rechten Hetzer und die Nazis werden nur durch ein entschlossenes und starkes Zeichen von AntirassistInnen und AntifaschistInnen zurückgedrängt. Es gibt viele Beispiele dafür, dass sich Nazis zurückgezogen haben, als bekannt gemacht wurde, wer sie sind, was ihre "Ideen" sind und zu welchen Methoden sie greifen. Und es ist notwendig, den Rassismus der

Das „Fritz-Stüber-Heim“ der AfP

Das einstige „Freiherr-von-der-Trenck-Heim“ der AfP Wien in der Koppstraße 72 wurde 1993 in „Dr.-Fritz-Stüber“-Heim umbenannt. Stüber war ein in der Szene hochangeschener Nazi-Schreiberling. Er führte nach 1945 den VdU Wien (Vorläufer der FPÖ) und war Chefredakteur der VdU-Wochen-Zeitung. Sein Auftreten war selbst dem VdU zu heftig. Stüber wurde 1953 wegen „Rechtsabweichung“ (!!) ausgeschlossen.

Das Stüber-Heim ist ein wichtiger Treffpunkt des Rechtsextremismus und der Nazi-Szene. In den letzten Jahren häufen sich Beispiele für die Nutzung durch gefährliche Schläger-Nazis und diverse konspirative Treffen, auch mit ausländischer Beteiligung. Im November 2000 wurde nach einer Rauferei eine Zusammenrottung von 50 Faschisten aufgelöst, an der auch das einstige Führungsduo der militanten „VAPO“, Küssel und Endres, teilgenommen hatte. In den Folgejahren fanden Treffen des in Oberösterreich starken „BFJ“ statt. Im September 2004 war ein Wiener Nazi-Skinhead als Referent über den Gründer des Nazi-Netzwerkes „Blood & Honour“ eingeladen. Dies war wohl ein wichtiger Beitrag zur Annäherung zwischen AfP und der kompromisslos gewalttätigen Nazi-Szene, die heute noch stärker zu beobachten ist. (Mehr siehe Mittelseite)

Demonstration 9. November

Treffpunkt 17.00
FPÖ-Zentrale
(Mariahilferstr./Theobaldg.)
vorbei an der
Burschenschaft Olympia
zur Abschlusskundgebung
vor dem
Stüberheim

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt", Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.

► Mehr
Programm!

Das Programm der Sozialistischen Linkspartei
40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!

Neue Broschüre!

70 Jahre Spanischer Bürgerkrieg

Diverse Texte, Zeittafel und Klassiker zum Thema.
120 Seiten A5.
Zusendung erfolgt nach Überweisung von 7.- (inkl. Porto) auf das PSK-Konto 8812.733
(Name und Anschrift nicht vergessen)



Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail slp@slp.at Web www.slp.at